



Foto: gettyimages

Rote Karte für Tarifflicht und prekäre Arbeit!

Tarifflicht ist teuer

Tarifflicht kostet nicht nur die Beschäftigten, sondern auch das Gemeinwesen viel Geld. Die Kaufkraft der Arbeitnehmerhaushalte, die Sozialversicherung und die Steuereinnahmen verringern sich durch Tarifflicht jährlich um 130 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Bildung betragen im vergangenen Jahr 180 Mrd. Euro.

Diese Zahlen zeigen die volkswirtschaftliche Bedeutung tarifgebundener Arbeit. In den kontroversen Debatten zum intensiven Streikgeschehen der letzten Monate geriet dieser Aspekt in den Hintergrund.

Tarifbindung ist Erfolgsfaktor

Tarifbindung ist kein Störfaktor, sondern Erfolgsfaktor. Tarifbindung braucht starke

Gewerkschaften. Die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes bilden die Basis für die Tariffindung auf dem Dritten Weg in paritätisch besetzten Kommissionen. Auf diese Weise verstärken kirchliche Tarifwerke die Flächenwirkung der Tarife des öffentlichen Dienstes.

Stärkung der Tarifbindung muss auf die politische Agenda

Erleichterungen der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen und Untersagung einer Mitgliedschaft ohne Tarifbindung in einem Arbeitgeberverband müssen auf die politische Agenda kommen.

Gewerkschaftsmitglieder sollten die Möglichkeit erhalten, ihren Gewerkschaftsbeitrag zusätzlich zum Arbeitnehmer-Pauschbetrag steuerlich geltend machen zu können.

Prekärer Arbeit keine Chance geben

Angesichts des Arbeitskräftemangels sollte prekäre Arbeit keine Chance mehr haben. Sachgrundlose Befristung gehört ausnahmslos abgeschafft – im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft.

Tarifflicht und prekäre Arbeit sind Risikofaktoren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und verdienen die rote Karte.



Thomas Rühl
Sprecher der
Mitarbeiterseite



Sachgrundlose Befristung abschaffen!

Befristete Beschäftigungsverhältnisse bedeuten für Betroffene eine große Belastung und haben auch langfristig negative Effekte. Besonders betroffen sind oft junge Menschen:

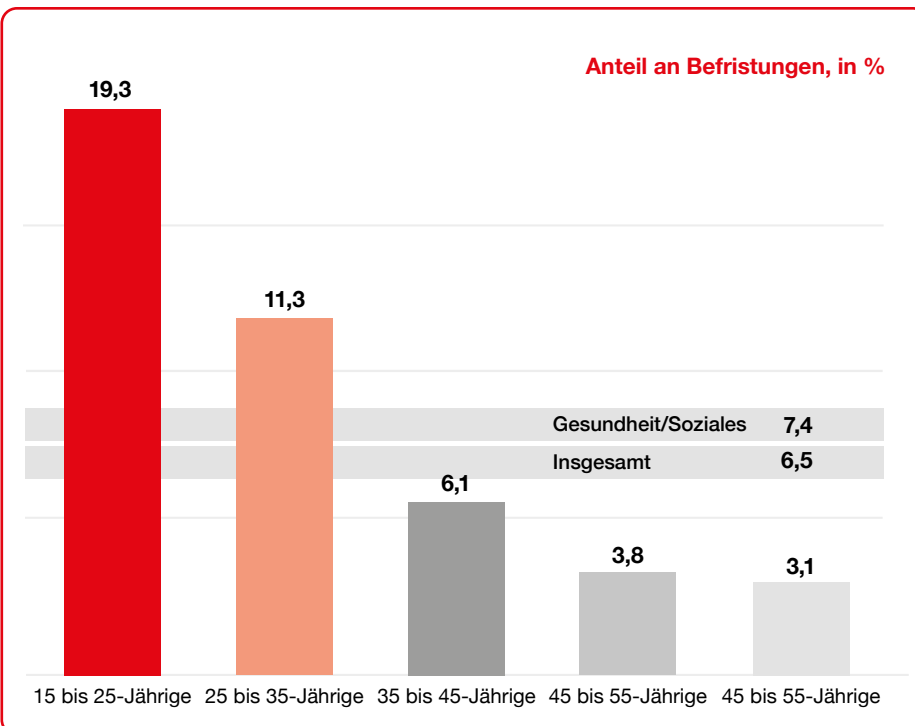
Die Unsicherheit über die berufliche Entwicklung hemmt ihre Lebensplanung, beeinflusst Entscheidungen wie die Gründung einer Familie und macht sogar das Anmieten einer Wohnung zum Risiko.

Betroffen sind in Deutschland 2 Millionen Menschen. Der Anteil an befristeten Beschäftigungsverhältnissen ist in den letzten Jahren zwar leicht zurückgegangen, aber noch erfolgt über ein Drittel der Neueinstellungen befristet, bei Berufseinsteigern häufiger ohne Vorliegen eines Sachgrunds.

Befristete Arbeitsverträge sind oft nicht nur geringer vergütet als vergleichbare unbefristete Stellen. **Kettenbefristungen schließen die Beschäftigten auch von Karriereschritten und entsprechenden Verdienstenwicklungen aus.**

Ein erster Schritt: Caritas und Kirche begrenzen Möglichkeiten zur Befristung ab Juni 2024

ohne Sachgrund	grundsätzlich nicht mehr zulässig
zur erstmaligen Erprobung	bis zu 12 Monate
bei Übernahme unsicherer Neu-Projekte	bis zu 21 Monate
bei zeitlich begrenzter Drittmittelfinanzierung	bis zu 21 Monate
mit Sachgrund aus § 14 TzBfG	bis zu 6 Jahre



Die Einkommensunterschiede wachsen mit der Dauer der Befristung an; die Folge ist ein wesentlich höheres Armutsrisiko.

Sachgrundlose Befristungen werden oft missbräuchlich, also willkürlich als Verlängerung von Probezeiten eingesetzt. Neben der Probezeit bieten die im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) genannten Sachgründe ausreichend Flexibilität.

Die sachgrundlose Befristung ist im Teilzeit- und Befristungsgesetz ersatzlos abzuschaffen!

(nicht berücksichtigt: Ausbildung oder Studium; Quellen: IAB Dez. 2023, WSI 2022)



Foto: shutterstock

Arbeitsbelastung reduzieren!



Körperlich schwere Arbeit, Lärm, Zeitdruck und Konflikte mit Patientinnen oder Klientinnen sind physisch und psychisch belastend.

Jeder zweite Arbeitnehmer leidet oft oder häufig unter Zeitdruck und fast zwei Drittel geben an, bei der Arbeit unter drei dieser vier Belastungsarten zu leiden. Je mehr Belastungsarten zusammenkommen, desto schlechter für den Gesundheitszustand.

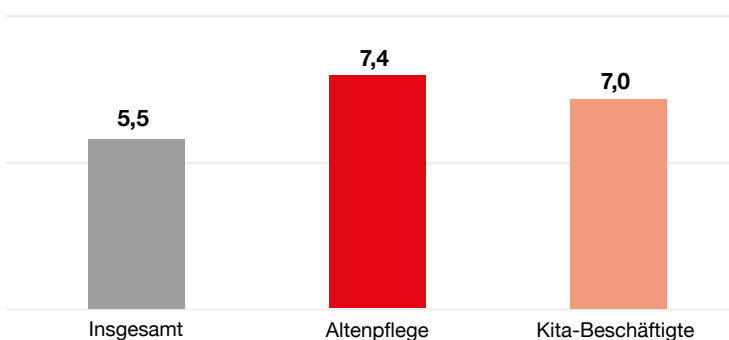
75 Prozent der Menschen, die unter keiner Belastungsart leiden, können sich vorstellen, bis zur Regelaltersrente ihre Tätigkeit weiter

auszuüben. Bei denen, die unter drei der vier Belastungsarten leiden, sind es nur noch 26 Prozent.

Die meisten Beschäftigten möchten ihre Arbeitszeit verkürzen. Etwa jeder zweite würde gerne weniger als fünf Tage in der Woche arbeiten. Es ist nicht nur im Sinne der Mitarbeitenden selbst, die Arbeitsbelastung zu reduzieren.

Die Vermeidung von Arbeits- und Berufsunfähigkeit ist angesichts der Personalnot zwingend notwendig. Die Arbeitsbelastung muss reduziert werden!

Krankenstand, in %



(DAK Krankentage Report 2023)

Die Möglichkeiten, Arbeitszeiten flexibel zu gestalten, haben zuletzt zugenommen. Eine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes droht aber, den Arbeitsschutz zu gefährden.

Lange Arbeitszeiten, Überstunden und verkürzte Ruhezeiten befördern gesundheitliche Beschwerden und führen zu einer deutlich geringeren Arbeitsplatzzufriedenheit.

(DGB Index Gute Arbeit 2023; baua Arbeitszeitreport 2023)

Rettungsdienst wartet weiter auf Reformen

Der Rettungsdienst leidet chronisch unter der Überlastung des Personals, einem unsachgemäßen Finanzierungssystem und Personalnot.



Eine Krankenhausreform und eine Reform der Notfallversorgung, die diese drängenden Probleme des Rettungsdienstes ausklammern, bleiben unvollständig. Die Notfallversorgung der Bevölkerung gerät in Gefahr.

Ein leistungsfähiger Rettungsdienst braucht fachlich qualifiziertes und motiviertes Personal.

- **Rettet die Retter: Wochenarbeitszeit reduzieren!**
- **Kein Wettbewerb durch Lohndumping: Tariflöhne voll refinanzieren!**

• **Rettungsdienst ist keine Transportleistung: Als Gesundheitsleistung im SGB V verankern!**

Eine leistungsgerechte, tarifliche Vergütung des Rettungsfachpersonals muss durch eine Änderung im SGB V garantiert werden:

Dort ist zu regeln, dass eine tarifliche Arbeitsvergütung von den Kostenträgern nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden darf!

Der Rettungsdienst kann nicht ohne eine gemeinsame Reform der Notfallversorgung verbessert werden; punktuelle

Nachbesserungen bringen keine Verbesserung. Ambulante, stationäre und rettungsdienstliche Versorgung der Patientinnen und Patienten sind gleichberechtigte Säulen der Notfallversorgung, die nur ganzheitlich reformiert werden können.

 **Bündnis Pro Rettungsdienst**

Eine Reform des Rettungsdienstes bleibt dringend notwendig. Als Teil des **Bündnis pro Rettungsdienst** fordert die Mitarbeiterseite der Caritas die Politik zum raschen Handeln auf.



v.l.n.r.: Thomas Rühl, Werner Schöndorfer, Andrea Grass, Stephan Kliem, Georg Schmitt, Carsten Offers, Oliver Hölters

Vorstand Mitarbeiterseite

Respekt und Toleranz unter den Menschen, Fürsorge für die Hilfebedürftigen.

Das treibt uns bei der Arbeit in der Caritas an, das müssen wir auch in unserer Gesellschaft einfordern. Wir sehen mit Sorge, dass dies gerade wieder in Frage gestellt wird. Ausgrenzung von Schwachen, Diskriminierung von Minderheiten – das dürfen wir nicht dulden, das darf sich in unserer Gesellschaft nicht durchsetzen!

Die Mitarbeiterseite der Caritas sagt: Wir stehen für Respekt und Vielfalt!

Politik.brief

Adresse: Reinhardtstr. 44 · 10117 Berlin
Tel.: 030 6796 936-31
E-Mail: akmas@caritas.de
Bluesky: @akmas-caritas.bsky.social
Web: www.akmas.de

Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission
des Deutschen Caritasverbandes (ak.mas)

Geschäftsführung: Dr. Evelyn Schmidtke
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Torsten Böhmer

Satz/Layout:
www.zitrusblau.de

